



## ANWÄLTIN DES STANDORTS

Die Industriellenvereinigung  
als unabhängiger Partner  
der Politik



**„MINT-GIRLS“-CHALLENGE**  
Wettbewerb für MINT-Talente  
geht in nächste Runde

Seite 8



**WIEN**  
Vorstandssitzung im Zeichen  
der Nationalratswahl

Seite 10

**USA UND EU**  
Potenziale der transatlantischen  
Partnerschaft

Seite 2

Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien













# Industrie 2024 Reichen Anstellung“



# „MINT-Girls Challenge“ geht in die nächste Runde

Der bundesweite Wettbewerb „MINT-Girls Challenge“ begeistert Mädchen für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Bis 23. Februar 2025 können wieder innovative Ideen eingereicht werden.

Am 5. September gaben Frauenministerin Susanne Raab, Arbeits- und Wirtschaftsminister Martin Kocher sowie IV-Generalsekretär Christoph Neumayer bereits zum vierten Mal den Startschuss für die österreichweite „MINT-Girls Challenge“. Die Initiative soll bei Mädchen und jungen Frauen das Interesse für Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) wecken und dem Fachkräftemangel entgegenwirken.

## Warum die „MINT-Girls Challenge“ so wichtig ist

Drei von vier Industrieunternehmen kämpfen seit vielen Jahren mit Personalproblemen im MINT-Bereich; und auch in der Rezeption bleibt die Personalsuche nach MINT-Talenten eine Herausforderung. Gleichzeitig wird aber nur knapp ein Viertel der hoch qualifizierten MINT-Jobs von Frauen besetzt. Da sich die Situation nur langsam verbessert (Wachstum Frauenanteil in zehn Jahren von 20% auf 23%), wurde von BMAW, BKA und Industriellenvereinigung vor drei Jahren die „MINT-Girls Challenge“ gestartet.

## Mit MINT die Probleme unserer Zeit lösen

Unter dem diesjährigen Motto „Let's do change“ werden Mädchen eingeladen, innovative MINT-Ideen zu entwickeln, die die Welt nachhaltiger, lebenswerter und zukunftsfitter machen. Umgesetzt werden können diese Lösungen zum Beispiel als Video, Text oder als Werkstück. Auf



IV-Generalsekretär Neumayer, Wirtschaftsminister Kocher und Frauenministerin Raab mit jungen MINT-Talenten.

die Gewinnerinnen warten attraktive Sachpreise und aufregende MINT-Erlebnisse von führenden österreichischen Technologieunternehmen. „Wer schon in jungen Jahren Fragen stellt, sich dafür interessiert, wie die Welt um uns herum funktioniert, die oder der kann

im MINT-Bereich schon morgen Karriere machen und gleichzeitig mithelfen, die Welt zu verbessern. Wir wollen ganz besonders Mädchen motivieren, hierbei mitzuwirken“, bringt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer den Kern der „MINT-Girls Challenge“ auf den Punkt.

## MINT-GIRLS CHALLENGE

- Einreichschluss: 23. Februar 2025
- Infos und Einreichung: [www.mintgirlschallenge.at](http://www.mintgirlschallenge.at)
- Zielgruppe: Mädchen und junge Frauen von 4–19 Jahren
- Ziel: Einreichung einer MINT-Idee, die auf ein SDG (Sustainable Development Goal) abzielt

# Bildung: Hohe Investitionen, dennoch Verbesserungsbedarf

Die OECD hat das Bildungssystem Österreichs unter die Lupe genommen. Insbesondere in der frühkindlichen Bildung gibt es Nachholbedarf. Die Industriellenvereinigung hat Lösungsvorschläge.

Die aktuelle OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ zeigt bildungspolitische Weichenstellungen für einen attraktiven Bildungs- und Wirtschaftsstandort auf. Heuer lag der Schwerpunkt insbesondere auf Bildungsinvestitionen, Bildungsverläufen sowie Lehrkräften und dem Lehrumfeld.

## Zentrale Erkenntnisse für Österreich

Die Teilnahme an frühkindlicher Bildung variiert in Österreich stark nach Region und sozialökonomischem Hintergrund der Familien – obwohl sie den besten Start in erfolgreiche Bildungskarrieren ermöglicht.

Zwar sind die Investitionen in den Bildungsbereich insgesamt hoch, doch auf den zweiten Blick lässt sich erkennen,

dass die frühkindliche Bildung ein vergleichsweise kleines Stück des Budgetkuchens erhält – trotz klarer Evidenz, dass sich Investitionen in den Kindergarten volkswirtschaftlich mindestens achtfach rentieren.

Die Zahl der Jugendlichen zwischen 15 und 29, die sich weder in Ausbildung noch in Erwerbstätigkeit befinden, ist in Österreich seit 2016 nicht gesunken. Sie liegt weiterhin bei 12% – trotz Einführung der Ausbildungspflicht bis 18.

Der Lehrkräftemangel ist in ganz Europa ein drängendes Problem. Auch in Österreich stellen die Überalterung der Lehrkräfte und die hohe Zahl an Teilzeitbeschäftigten eine große Herausforderung für das Bildungssystem dar. Bis 2030 gehen in Österreich 125.000 Lehrpersonen in Pension.

Aus aktueller Sicht entsteht dadurch eine Lücke von 20.000 Lehrpersonen.

## Lösungsvorschläge

Die IV hat zielgerichtete Lösungsvorschläge, um diesen Missständen im österreichischen Bildungssystem entgegenzutreten:

In der Elementarbildung wird die Basis für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn gelegt. Darüber hinaus werden soziale Kompetenzen und Sprachfähigkeiten entwickelt. Die IV tritt daher für ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr ein.

Kinderbildung und -betreuung muss in Österreich ab dem ersten Lebensjahr garantiert werden und mit Vollzeitbeschäftigung beider Elternteile vereinbar sein. Dafür braucht es künftig einen Schulerschluss von Bund, Ländern und Gemeinden.

Lesen, Schreiben und Rechnen sind fundamentale Kompetenzen. Dementsprechend muss die Vermittlung dieser Grundkenntnisse im Rahmen einer Bildungspflicht von der 1. bis zur 8. Schulstufe im Zentrum stehen. Durch die Entwicklung eines Stärkenportfolios über diesen Zeitraum sollen die Schülerinnen und Schüler zudem über sich selbst, ihre Stärken und Talente besser Bescheid wissen und basierend darauf die richtige Bildungs- bzw. Berufswahl treffen.

Es braucht ein klares Berufs- und Leitbild für Pädagoginnen und Pädagogen, um das professionelle Rollenverständnis und Selbstverständnis der Lehrkräfte zu stärken. Ein solches Leitbild würde die Rolle der Pädagoginnen und Pädagogen künftig aufwerten und für Studieninteressentinnen und -interessenten Orientierung bieten.



# Bundestagung der Jungen Industrie

Unter dem Motto „Feuer am DACH – wie schaffen wir den Turnaround?“ drehte sich alles um die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit.

**Z**um ersten Mal seit zehn Jahren war Vorarlberg wieder Gastgeber der Bundestagung der Jungen Industrie: Von 3. bis 5. Oktober 2024 trafen sich rund 120 Mitglieder der JI aus allen Bundesländern, um sich auszutauschen, zu vernetzen und gemeinsam Zukunftsperspektiven für die Industrie zu diskutieren.

## Einmaliger Auftakt in der Johanniterkirche

Der Auftakt der Bundestagung fand in der Feldkircher Johanniterkirche statt, die zum ersten und wohl einzigen Mal für eine Veranstaltung dieser Art geöffnet wurde.

„Gerade wegen der herausfordernden Zeiten ist es unsere Aufgabe als Junge Industrie, positiv in die Zukunft zu blicken und konsequent bei unseren Themen und Forderungen zu bleiben“, eröffnete Bundesvorsitzende Julia Aichhorn die Bundestagung mit ihrer Rede. Die anschließende Keynote von Franz Schellhorn, Leiter der Denkfabrik Agenda Aus-



Bei der Podiumsdiskussion diskutierten Unternehmer aus dem DACH-Raum zu aktuellen Herausforderungen in der Industrie.

tria, schlug in dieselbe Kerbe. Darin stellte er drei Forderungen an die künftige Bundesregierung, um Österreich wieder wettbewerbsfähig zu machen: „Erstens braucht es eine Ausgabenbremse wie in der Schweiz, um den Reformdruck zu erhöhen. Zweitens muss die Politik aufhören, Teilzeit steuerlich zu subventionieren. Drittens braucht Österreich eine Schulreform“, so Schellhorn.

Was andere Länder besser machen, versuchte die Moderatorin des Abends, Anna Hilti (Vorsitzende JI-Vorarlberg), in der folgenden Podiumsdiskussion mit Franz Schellhorn, Julia Aichhorn, Fabian Frick (CEO Hoval und Vizepräsident Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer), Stefan Aichbaur (H&Z Management Consulting, München) und Fabian Pernstich (Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell) zu erarbeiten. Die Referenten aus dem DACH-LI-Raum beleuchteten die Stärken und Schwächen ihrer Länder und veranschaulichten, was diese jeweils voneinander lernen können. Grundtenor war, dass die Überregulierung auf nationaler und EU-Ebene zunehmend zum Problem wird – auch in der Schweiz und in Liechtenstein.

„Amerika innoviert, China imitiert und Europa reguliert“ – leider hat diese Überspitzung einen wahren Kern und die Politik muss alles daran setzen, dass uns Amerika und China nicht noch weiter abhängen“ – mit diesen Schlussworten beendete Anna Hilti die Diskussion und lud die Mitglieder zum anschließenden Diskutieren und Netzwerken ein.

## Abwechslungsreiches Programm mit Betriebsbesichtigungen und Diskussionen

Der zweite Tag der Bundestagung führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu spannenden Betriebs-



Der abschließende Ausflug zum Lünensee wurde von Schneefall begleitet.



Bundesvorsitzende Julia Aichhorn bei ihrer Eröffnungsrede.

besichtigungen bei Rondo Ganahl, 11er und Hirschmann Automotive, wo die düstere wirtschaftliche Großwetterlage ebenso thematisiert wurde. Alle Betriebe beklagen ähnliches Leid: zu viel Bürokratie, hohe Lohnnebenkosten, viel zu große Steuerbelastung. Zudem brauche es seitens der Politik unbedingt Anreize, um Leute wieder in Vollzeitbeschäftigung zu bringen – zurzeit sei Teilzeit für Mitarbeiter weitaus attraktiver, was sich ändern müsse.

Nach den Besichtigungen diskutierte die Junge Industrie im beeindruckenden Peterhof in Furx weiter mit Elmar Hartmann, Präsident der IV-Vorarlberg, sowie den Architekten des renommierten Architekturbüros Baumschlager Eberle



Eröffnungsabend in der Johanniterkirche.

über aktuelle Herausforderungen und Chancen für Unternehmen in Österreich. Hartmann ging unter anderem auf die Lohnstückkosten ein, die in Europa nach Luxemburg am zweithöchsten gestiegen sind – um fast 35 Prozent seit 2019. „Die Produktivitätssteigerung kann damit unmöglich mithalten. Die Folge ist, dass wir uns aus allen Märkten preisen, Betriebe abwandern und die Arbeitslosigkeit steigen wird“, so Hartmann.

Das Resümee der Tagung wurde am dritten Tag beim malerischen Lünensee gezogen: Begleitet von Schneefall und einer traditionellen Brettljause diskutierten die Mitglieder ein letztes Mal, bevor alle die Heimreise antraten.

## Positive Bilanz und Ausblick

Die Bundestagung der Jungen Industrie 2024 hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig Austausch und Vernetzung in der jungen Industrielandschaft sind. „Wir freuen uns sehr über das große Interesse und die spannenden Gespräche, die wir in den drei Tagen führen konnten“, resümiert Anna Hilti. „Es ist wichtig, die Zukunft der DACH-Region gemeinsam zu gestalten und Strategien zu entwickeln, um den Herausforderungen der Deindustrialisierung zu begegnen.“



## ÖSTERREICH VS. ZUKUNFT

Wer führt die Mannschaft an? Und wer wird am Ende gewinnen?

Österreich hat gewählt. Und zwar historisch. Noch nie war eine FPÖ auf Platz eins oder eine Sozialdemokratie auf Platz drei. Auch die ÖVP kann sich bei Weitem nicht über den zweiten Platz freuen, denn auch sie hat etwas mehr als elf Prozentpunkte verloren. Eine stabile Regierung zu bilden wird eine große Herausforderung – aber mindestens so wichtig ist die Botschaft des Wahlergebnisses: Die Menschen haben genug vom bisherigen Kurs. Sie sind unzufrieden mit der Politik und dem System der letzten Jahre.

Unsere Bürokratie wächst unaufhaltsam, und als Unternehmer steht man vor immer größeren Herausforderungen. Wir kämpfen mit steigenden Lohnkosten und schwindender Wettbewerbsfähigkeit, während die Politik eine „Vollkasko-Mentalität“ etabliert hat: Der Staat übernimmt für alles die Verantwortung und verteilt, als gäbe es unbegrenzt Ressourcen. Dieses „Geld wächst auf Bäumen“-Denken hat sich tief in die Gesellschaft eingegraben. Es fehlt das Bewusstsein dafür, dass Wohlstand erarbeitet werden muss – in der Bevölkerung ebenso wie in der Politik.

Doch wir stehen am Scheideweg. Nach drei Jahren Rezession und alarmierenden Budgetdefiziten sind wir gezwungen, die Prioritäten neu zu setzen. Die Staatsfinanzen sind angeschlagen und der finanzielle Spielraum wird enger. Es reicht nicht mehr, sich von Wahl zu Wahl mit kurzfristigen Lösungen zu retten. Österreich braucht jetzt eine klare Vision, wohin die Reise gehen soll. Wollen wir ein Land sein, das langfristig wettbewerbsfähig und innovativ bleibt? Oder setzen wir weiterhin auf ein Sozialsystem, das von immer weniger Menschen getragen werden kann?

Es ist Zeit, wieder mehr Eigenverantwortung ins Zentrum zu rücken. Die Menschen müssen verstehen, dass der Staat nicht für alles aufkommen kann. Unsere Aufgabe als Junge Industrie ist es, den Fokus auf nachhaltige Lösungen zu lenken. Wir fordern Einsparungen im Pensionssystem, eine Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung und verstärkte Investitionen in Bildung und MINT-Fächer. Nur so schaffen wir es, die Grundlage für eine starke Wirtschaft und eine verantwortungsbewusste Gesellschaft zu legen.

Es braucht klare Visionen für die Zukunft: Was soll Österreich in zehn, 20 Jahren sein? Ein Land, das Eigenverantwortung und Innovation fördert, oder eines, das im Stillstand verharrt und von kurzfristigen Geschenken abhängig ist? Österreich muss sich entscheiden – und es ist Zeit für eine klare Richtung.

Julia Aichhorn,  
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

# Richtungsentscheidung

Die Nationalratswahl 2024 und ihre möglichen Folgen standen im Zentrum der Vorstandssitzung der IV-Wien am 16. September. Klar war dabei schon vor der Wahl: Die Regierungsbildung wird dieses Mal alles andere als leicht.

Präsident Christian C. Pochtler gab zu Beginn der Sitzung einen kurzen Überblick über die aktuelle standortpolitische Lage. Von der Hochwasserkatastrophe am Wochenende vor der Sitzung einmal abgesehen bot sich auch so kein wirklich heiteres Bild: Manche gehen sogar so weit, dass sie die Periode von 2019 bis 2024 als „fünf verlorene Jahre“ titulieren, da in dieser Zeit in Österreich das reale BIP pro Kopf um 1,7 Prozent gesunken ist. Österreich bildet damit das Schlusslicht in der EU. Die Auswirkungen der anhaltenden Rezession sind mittlerweile am Arbeitsmarkt sehr deutlich sichtbar. So stieg die Arbeitslosigkeit in der Industrie im August um mehr als 16 Prozent.

Angesichts der massiv gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit und vor allem auch der extremen Schieflage im öffentlichen Staatshaushalt solle man den Wahlkampfversprechen der Parteien nur bedingt Glauben schenken, so Pochtler. Die Neuverschuldung steige derzeit unter anderem auch deshalb so rasant, weil bei der Erstellung des Budgets für 2024 von einem BIP-Wachstum in Höhe von 1,2 Prozent für das laufende Jahr ausgegangen wurde. Tatsächlich werde Österreichs BIP aber wieder schrumpfen, laut OeNB wohl um bis zu minus 0,7 Prozent. „Angesichts dessen wird jede neue Bundesregierung auch um eine ausgabenseitige Budgetkonsolidierung nicht herumkommen“, so der Präsident. Ebenso klar sei auch, dass es so bald wie möglich strukturelle Maßnahmen brauche, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts wieder zu verbessern. In Summe gehe es bei der Nationalratswahl somit um eine Richtungsentscheidung, wie Pochtler betonte: „Wollen wir in Österreich Wohlstand haben oder nicht?“

**„Agenda Surfing“ – das neue Normal**  
Als erster Gast wurde im Anschluss der Politikexperte Thomas Hofer in der

Vorstandssitzung begrüßt. Gewohnt prägnant kam er gleich zu Beginn auf den Punkt: Politik habe sich in den letzten Jahren stark verändert, die Emotion spiele eine immer größere Rolle. Man spreche nicht mehr von „Agenda Setting“, sondern „Agenda Surfing“; die Politik agiere vor allem reaktiv auf die jeweilige Themenlage. Vor diesem Hintergrund analysierte Hofer schließlich die Performance der einzelnen Parteien im Wahlkampf. Als einzige Partei sei die FPÖ konzise und in sich schlüssig in ihrer Kommunikation mit potenziellen Wählern – es gehe konsequent immer um „Wir hier unten gegen die da oben“. Die FPÖ profitiere zudem davon, dass sie sich über Social-Media-Kanäle einen Medienapparat geschaffen habe, mit dem man die eigene Klientel ungefiltert erreichen könne.

Die ÖVP hat laut Hofer im Gegensatz zur SPÖ zumindest geschlossen agiert, was einen kleinen Vorteil im Kampf um den zweiten Platz bringen könne. Bei den Grünen prognostizierte Hofer, dass diese wohl kaum jemals wieder so stark sein würden wie noch vor der Wahl. Klar sei zudem, dass eine Regierungsbildung nach der Wahl ungleich schwieriger werden würde als bei Wahlen in der Vergangenheit. Angesprochen auf die Chancen, in Österreich unter einer neuen Regierung eine breite Reformagenda umzusetzen, zeigte sich Hofer eher skeptisch. Seiner Meinung nach müsse „noch viel mehr“ passieren, also etwa Firmenpleiten und steigende Arbeitslosigkeit, damit genug Druck für grundlegende Veränderung vorhanden sei.

**IV als „Ideegeber“**  
In dasselbe Horn stieß im Anschluss auch IV-Generalsekretär Christoph Neumayer: Für echte Veränderung fehle in Österreich noch der nötige „Leidensdruck“. Die Politik sei insgesamt eher schwach und wie von Hofer erwähnt zu sehr reaktiv.

Insofern sei die Politik auch von Impulsen von außen abhängig, was gerade für Interessenvertretungen wie die IV Chancen bedeute. An und für sich, so Neumayer, könne dies vor allem auch für die Sozialpartner eine Möglichkeit sein, wichtige Themen zu besetzen und zu treiben.

Aus Sicht der Industrie sei jedenfalls klar, was man brauche, das habe die IV in ihrer Kampagne „SOS-Wohlstand“ zusammengefasst. Die Belastung durch Steuern und

Abgaben müsse dringend gesenkt werden, neue, zusätzliche Steuern seien entschieden abzulehnen, die Überbürokratisierung müsse zurückgefahren werden. Zudem werde man um ausgabenseitige Maßnahmen, etwa beim Pensionssystem, nicht herumkommen. Nach der Wahl werde es jedenfalls länger dauern, eine stabile Regierung zu bilden. Egal wer dann Teil der neuen Bundesregierung sein werde, die IV müsse im Interesse des Standorts jedenfalls unbedingt weiter als „Ideegeber“ für die Politik agieren.



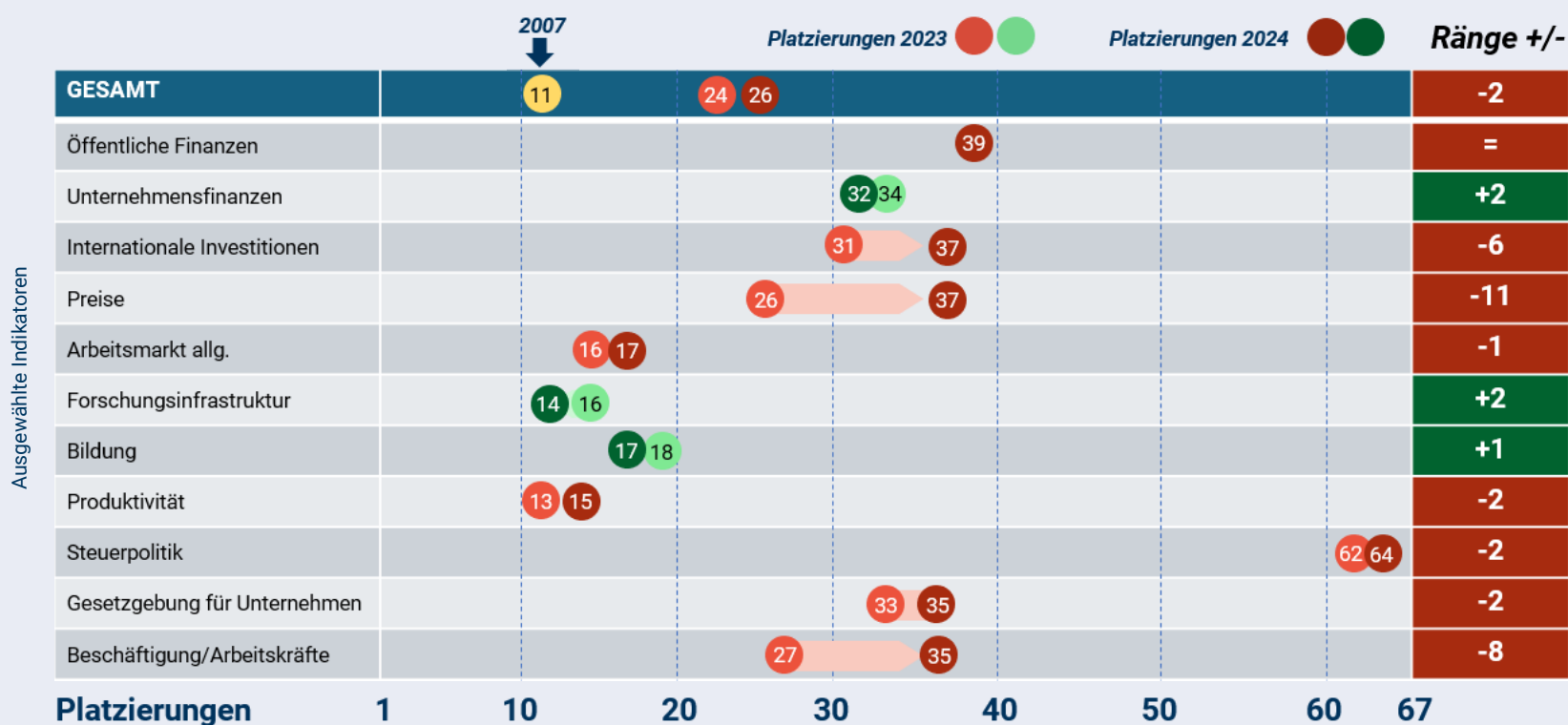
Die wichtigsten standortpolitischen Themen aus Sicht der Industrie standen im Zentrum der Keynote von IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.



Thomas Hofer teilte mit den Vorstandsmitgliedern seine Analyse über den Zustand des politischen Systems in Österreich im Vorfeld der Nationalratswahl.

## Standort Österreich im Sinkflug

Ränge im IMD-Wettbewerbsfähigkeitsranking, 1 = Top, 67 = letzter Platz



Seit Jahren geht es für Österreich in allen Standortrankings bergab, zuletzt hat sich der Absturz zudem merklich beschleunigt – so etwa auch im Fall des bekannten IMD-Rankings zur Wettbewerbsfähigkeit.



## DER SOUVERÄN HAT GESPROCHEN

*Die Österreicherinnen und Österreicher sind bei dieser Nationalratswahl erfreulich zahlreich zur Wahl gegangen. Umso wichtiger wird es nun sein, dass eine neue Bundesregierung den Wählerwillen auch abbildet.*

### DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an [debatte@iv.at](mailto:debatte@iv.at).

Jetzt beginnt also die Zeit, wo man wieder aufeinander zugehen sollte, um Kompromisse zu finden. Genau da wird es aber haarig: So wichtig es ist, gemeinsame Schnittmengen in einzelnen Themen zu finden – am Wort „Kompromiss“ klebt zumindest in der heimischen Politik ein leichter Mief vom „kleinsten gemeinsamen Nenner“ und damit von Stillstand. Und diesen kann inmitten einer tiefen Rezession ja wirklich keiner wollen. Was also sollte jetzt passieren?

Notwendig wäre eine Koalition der „Vernünftigen“ – eine Chance darauf gibt es aber wohl nur, wenn alle Parteien bereit sind, faktenbasiertes Handeln über ideologisches Wunschdenken zu stellen. Die Bevölkerung hat gewählt und dabei klare Signale ausgesandt. Sind diese angekommen? So wie bisher einfach weitermachen – das wurde offenbar gar nicht gewollt, also muss sich jedenfalls etwas ändern. Dazu ein spannendes Detail, wieder aus Umfragen schon vor der Wahl: Einer Mehrheit in Österreich ist sehr wohl bewusst, dass wir sparen müssen, dass das Budget mittlerweile aus dem Ruder gelaufen ist.

Klar kann man da einwenden: So was sagt sich immer leicht, aber wenn es dann um Konkretes geht, um Dinge, die die Menschen direkt betreffen, dann ist die Meinung eine ganz andere. Stimmt schon – dennoch war der Zeitpunkt, den Menschen auch unangenehme Wahrheiten zuzumuten, wohl kaum je besser als jetzt. Die Wahl hat zudem gezeigt, dass ideologisch aufgeladenes Wunschdenken auch nicht mehr bei allen ankommt – und wäre es nach den ideologisch aufgeladenen Debatten des Wahlkampfes nicht erfrischend, wieder

zu einer rein faktenbasierten Debatte zurückzufinden?

Es braucht einen Kassasturz. Wir müssen einmal feststellen: Was können wir uns überhaupt leisten? Welchen Spielraum hat eine zukünftige Bundesregierung überhaupt – und was muss die erste Priorität haben, was die zweite; und so weiter.

Klar ist vor diesem Hintergrund jedenfalls auch: Es wird vermutlich keine schnelle Regierungsbildung geben. Damit geht wieder viel Zeit ins Land, ohne dass entscheidende Hebel umgelegt werden, um Österreichs angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit wieder auf Vordermann zu bringen.

In unserer Vorstandssitzung der IV-Wien im September haben wir über viele dieser Themen intensiv diskutiert. Ein zentraler Punkt, der immer wieder angesprochen wurde, war, dass möglicherweise in Österreich – und zwar sowohl von der Bevölkerung als auch von der Politik – noch zu wenig Leidensdruck empfunden wird, damit sich wirklich etwas ändert. Diese These ist an und für sich nicht neu; leisten können wir uns diese Einstellung jetzt aber nicht mehr.

Denn was soll das eigentlich heißen? Dass wir es erst dann schaffen werden, sowohl eine solide Standortpolitik als auch eine nachhaltige Budgetpolitik unter einen Hut zu bringen, wenn vorher ... was passiert? Noch mehr Betriebe abgewandert, noch mehr Menschen arbeitslos sind? Das will ich nicht glauben. Jetzt, nach der Hitze des Gefechts im Wahlkampf, müssen wieder der kühle Kopf und die Vernunft regieren. Der beste Ratgeber darf nicht mehr die Emotion, sondern muss die Ratio sein. Ich bin nach wie vor optimistisch, dass in allen politischen Lagern genug vernünftige Menschen aktiv sind, die wirklich das tun, was jede Partei vor der Wahl verspricht: FÜR die Menschen, FÜR das Land arbeiten – FÜR eine gute Zukunft.

Bis wir eine neue Regierung haben, wird es also noch dauern – wenn die Qualität des Regierungsprogramms dann die langen Verhandlungen rechtfertigt, auch gut. Daran wird man jede neue Koalition messen müssen.

Allzu lange Zeit sollten wir uns aber auch nicht lassen – denn wir dürfen nicht vergessen, dass allzu langer Stillstand auch wesentliche Gefahren in sich birgt; immerhin befinden wir uns nach wie vor inmitten einer Rezession. Wenn es da zumindest in den wesentlichen Kernbereichen manches gäbe, das man vielleicht rasch außer Streit stellen könnte zwischen potenziellen Regierungspartnern = gemeinsame Interpretation des Auftrags des Wählerwillens? Etwa, dass eine deutliche Mehrheit der Menschen neue oder höhere Steuern ablehnt? Oder dass ideologisch begründete, aber unrealistische Versprechungen auch nicht mehr geglaubt werden?

Also, gehen wir es gemeinsam an. Blick nach vorne, Ärmel hochkrepeln! In meinem letzten Kommentar schrieb ich vom „versteckten“ Wählerauftrag. Dieser liegt nun offen und transparent vor uns; diesen gilt es jetzt in eine reform- und zukunftsorientierte Politik zu gießen! Vielleicht hilft den Parteien ja der Blick über den Tellerrand: In Schweden waren es einst die Sozialdemokraten, die ihr Land auf Reformkurs gebracht haben, in Griechenland haben die Konservativen erfolgreich die standortpolitische Wende geschafft. Also: Die jeweilige Parteifarbe sollte eigentlich kein Hindernis für vernünftige Standortpolitik sein.

Christian C. Pochtler,  
Präsident der IV-Wien

## GRUNDLAGENFORSCHUNG MEETS INDUSTRY

*Am Institut für Fertigungstechnik und Photonische Technologien (IFT) der Technischen Universität Wien wird an einem neuartigen Fertigungssystem geforscht, das bei der Bewältigung der Mobilitätswende helfen soll.*

Das IFT konnte sich mit einem eigens zusammengestellten Konsortium bei der österreichweiten Ausschreibung eines Leitprojekts der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) durchsetzen. Unter dem Titel „Additive 4 Mobility“ soll nun an Technologien, Werkstoffsystemen und Verfahren der Additiven Fertigung für die Mobilitätswende geforscht werden. Mit dabei sind auch wesentliche Partner aus der heimischen Industrie, u. a. etwa MAGNA, voestalpine, BMW Steyr und andere. Der Fokus soll daher eben nicht nur auf der reinen Grundlagenforschung liegen,

sondern direkten Impact auf die industrielle Fertigung haben.

Hierzu wird unter der Leitung von Institutsvorstand Dr. Friedrich Bleicher eine neuartige Fertigungszelle am IFT der TU Wien entwickelt, welche eine flexible Verkettung verschiedener neuartiger additiver Technologien – wie des 3D-Sanddrucks sowie der drahtbasierten generativen Fertigung – speziell für die Anforderungen der Mobilitätsindustrie (Straßenverkehr, Luftfahrt, Schienenverkehr) ermöglicht. Zum Kick-off des Projekts war auch Johannes Höhrhan,

Geschäftsführer der IV-Wien, geladen. Dieser zeigte sich von der engen Kooperation zwischen Wissenschaft und Industrie begeistert, denn „wir wollen ja auch, dass die Erfolge aus Wissenschaft und Forschung letztlich in neue, innovative Produkte und Lösungen übersetzt werden, mit denen wir am Weltmarkt erfolgreich sind“. Wien habe die Chance, als Technologiestandort im Bereich der additiven Fertigung vorne mit dabei zu sein, weswegen er sicher sei, „dass wir und die ganze Welt in Zukunft noch des Öfteren von additiven Lösungen ‚made in Vienna‘ hören werden!“



Johannes Höhrhan beim Kick-off.

# „Image als Technologiemetropole aufbauen“

Im Interview mit „iv-positionen“ erläutert die MINT-Beauftragte der Stadt Wien, die langjährige TU-Rektorin Sabine Seidler, wie sie ihre neue Rolle anlegen will.

**Sehr geehrte Frau Seidler, Sie sind neue MINT-Beauftragte der Stadt Wien. Was ist dabei Ihr Auftrag und welchen Herausforderungen möchten Sie sich besonders widmen?**

Es ist kein Geheimnis, dass das Angebot an Maßnahmen, die Awareness und Interesse für MINT schaffen sollen, außerordentlich breit ist. Trotzdem gelingt es offensichtlich nur schwer, junge Menschen für Berufe im MINT-Bereich, insbesondere in der IT und in der Technik, zu begeistern. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Das Angebot ist fragmentiert, die Anbieter wissen häufig nicht voneinander, Nachhaltigkeit ist nicht gewährleistet, um nur einige Beispiele zu nennen. An dieser Stelle setzt meine Tätigkeit an, wobei ich bis 2027 den Schwerpunkt auf das Thema Verbesserung der Durchgängigkeit der Angebote durch a) das Netzwerk unterstützende Maßnahmen, b) eine themenorientierte Herangehensweise, c) Zielgruppen besonders berücksichtigende Formate und d) den kontinuierlichen Dialog mit den Stakeholdern des Bundes gesetzt habe.

**Die Industrie versucht ja schon sehr lange, gerade den Anteil von Frauen in der Technikwelt zu erhöhen. Das gelingt leider nicht immer so wie gewünscht. Wo sehen Sie hier die wichtigsten Hebel?**

Das Thema ist außerordentlich vielschichtig, weil es nicht nur um das Empowerment von Mädchen und Frauen geht, sondern gesellschaftliche Themen wie Berufstätigkeit von Frauen und Vereinbarkeit ebenso hineinspielen wie das Lern- oder Arbeitsumfeld, welches die Frauen erleben, wenn sie sich für einen technischen Beruf entschieden haben. Da wir wissen, dass junge Menschen allgemein und Mädchen besonders ihr Interesse an technischen Berufen in der Pubertät verlieren, ist die Durchgängigkeit der Angebote ebenso wichtig wie Role Models, die dem Alter der Zielgruppe entsprechen, sowie praktische Angebote, die im geschützten Raum die Möglichkeit geben, sich auszuprobieren. Ich denke auch, dass bereits jetzt in den Lehrplänen etablierte Formate wie die berufspraktischen Tage viel strategischer genutzt werden müssen und „Berufsorientierung“ in den

Lehrplänen entlang der Entwicklung der Kinder und Jugendlichen kontinuierlich verankert werden muss.

**Wien ist international bekannt als lebenswerteste Stadt sowie Kultur- und Tourismusmetropole. Wir in der Industriellenvereinigung Wien haben die Vision, dass Wien auch als Technologiemetropole von Weltrang über die Grenzen bekannt werden sollte. Welche Maßnahmen müssten die Stadt und ihre Unternehmen aus Ihrer Sicht noch setzen, um dieses Ziel auch zu erreichen?**

Ich teile diese Vision und finde die Frage außerordentlich spannend, habe aber keine Antwort. Es ist offensichtlich, dass sich Wien noch viel stärker als bisher als attraktiver Standort auch für neue Unternehmen positionieren muss, d.h., ein Image als Technologiemetropole aufbauen muss. Durch das einzigartige Umfeld an Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen hat der Standort Wien außerordentliche Vorteile. Die F&E-Förderung als Kombination der Möglichkeiten von Bund und Land sind ebenfalls ein Standortvorteil. Warum gelingt es in diesem positiven Umfeld nicht, mehr große Konzerne nach Wien zu holen? Was machen andere Standorte besser? Ich bin sicher, dazu gibt es ausreichend Analysen, auf deren Basis die genannten Stakeholder gemeinsam Lösungen erarbeiten können.

**Der Forschungsstandort Wien ist mit seinen Universitäten, Fachhochschulen, Forschungsinstituten sowie den vielen forschenden Unternehmen erstklassig aufgestellt, wenn es um Patente und wissenschaftliche Publikationen geht. Dennoch schaffen wir es oft nicht, diese Ergebnisse aus der Grundlagenforschung in profitable Produkte und Lösungen am Standort zu übersetzen. Woran liegt das Ihrer Meinung nach – und was müsste hier getan werden, um diese Forschungstranslationsquote zu verbessern?**

Es ist kein Geheimnis, dass ich mich seit vielen Jahren dafür einsetze, in diesem Bereich stärker mit PPP-Modellen zu arbeiten. Die Förderung mit öffentlichen Mitteln ist hervorragend, aws und



auch die Wirtschaftsagentur Wien bieten vielfältige Programme an, das Spin-off-Fellowship-Programm der FFG ist außerordentlich erfolgreich, endet aber mit 2025. Gerade Letzteres zeigt uns, dass bereits hier Luft nach oben ist. Gefördert wurden in diesem Programm bisher 37 Projekte aus 135 Anträgen. Was geschieht mit den Projekten, die nicht reüssiert haben? Dieses Potenzial besser zu nutzen könnte eine Möglichkeit sein. Falls es das nicht schon gibt: Ein „Wiener Gründungsprojekte-Markt“, der Unternehmen und Gründer zusammenbringt, wäre sicher unterstützend, auch weil das die Kommunikation zwischen den forschenden Institutionen und den Unternehmen auf einer anderen Ebene fördern oder ermöglichen würde. Die

Phase, in der die Forschungseinrichtungen mittlerweile im Wesentlichen allein gelassen werden, ist die Prototypenphase, die darüber entscheidet, ob eine Translation überhaupt sinnvoll ist. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Last, but not least ist auch die Zusammenarbeit zwischen den Forschungseinrichtungen ein nicht zu unterschätzender Faktor. Die Wissenstransferzentren sind dafür eine Drehscheibe, die sich allerdings eher in Richtung Soft Facts entwickelt hat, aber dort findet man auch die Links zu den Technology Offers der beteiligten Institutionen. Erfolgreiche Kooperationen zwischen den Forschungs- und Transfer-supporteinheiten, Pre-Inkubatoren und Inkubatoren der Institutionen sind ebenfalls nicht zu vernachlässigen.

